

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Mardi (matin) 20 janvier 2015

Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

7 2014.RRGR.677 Demande de crédit

Université de Berne, Institut de médecine légale (IML) et Département de recherche clinique (DKF). Construction d'un bâtiment Murtenstrasse 20-30, lot B, 1re étape. Crédit d'engagement pluriannuel pour la réalisation

Annexe 01, ACE 1286/2014

Proposition Machado Rebmann, Berne (Les Verts)

Renvoi de l'affaire avec pour mandat de créer une infrastructure de recherche clinique alternative se substituant aux expériences sur les animaux et de renoncer à l'aménagement des trois sous-sols devant accueillir les animaux.

La présidente. Nous passons à l'affaire 7, ici, nous avons une proposition d'amendement et une proposition de renvoi. Mme Machado Rebmann, je vous prie de venir justifier votre renvoi de l'affaire et vous avez deux minutes, nous sommes toujours en débat réduit.

Simone Machado Rebmann, Berne (Les Verts). Wir sind ein Parlament. Dieser Begriff kommt vom dem Altfranzösischen «parlement», was «Gespräch», «Unterredung», «Erörterung» bedeutet. Es sollen 141,5 Mio. Franken verbaut werden, ohne dass diese einen direkten Beitrag an die Gesundheitsversorgung wären. Davon sollen 1000 m² bzw. 8 Mio. Franken für die Infrastruktur für die Tierhaltung für Tierversuche verbaut werden. Hier braucht es ein «parlement»! Gestern ging eine Petition mit 3165 in drei Tagen gesammelten Unterschriften ein. Dieses Geschäft hat also Referendumpotenzial. Wir bewegen uns in einem Dreieck zwischen den wirtschaftlichen Interessen, dem gesellschaftlich geforderten Tierwohl und der Forschungsfreiheit. Deshalb möchte ich mittels meines Rückweisungsantrags über dieses Geschäft diskutieren.

La présidente. Je demande aux groupes de s'annoncer, nous parlons pour l'instant du renvoi, nous prendrons après la proposition d'amendement de M. Hofmann. M. Guggisberg pour l'UDC, c'est à vous.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (UDC). Wie Sie dem Vortrag entnehmen können, ist das Departement für Klinische Forschung heute auf elf Standorten verteilt. Mit dem Neubau würden die Standorte auf sechs reduziert, was dringend notwendig ist. Die Forschung benötigt grössere Räume. Der Bedarf nach mehr Platz ist ebenfalls ausgewiesen. Bei diesem Rückweisungsantrag ist wichtig zu wissen, dass der Tierschutz im Rahmen der Projektierung einbezogen wurde. Der Tierschutz hat dem Projekt in der heute vorliegenden Form zugestimmt. Damit besteht auch aus unserer Sicht kein Anlass, um an dieser Stelle eine Grundsatzdiskussion über den Tierschutz vom Zaun zu brechen. Wir werden den Rückweisungsantrag einstimmig ablehnen.

Hugo Kummer, Berthoud (UDC), rapporteur de la CIAT. Auch die BaK hat ausführlich über dieses Geschäft diskutiert, ebenso über die Tierversuche. Wir haben diesen Aspekt gründlich geprüft, indem wir eine Ad-hoc-Gruppe, bestehend aus Ueli Frutiger und Ursula Brunner, gebildet haben. Wir haben dieses Geschäft gut untersucht. Wir sind seitens der BaK ebenfalls der Meinung, dass die Tierversuche nichts mit dem vorliegenden Baugeschäft zu tun haben. Klar, ich habe Verständnis, dass nicht alle Leute über Tierversuche erfreut sind. Denken wir aber an unsere

Universität und unsere Forschung – ohne Tierversuche, ginge es wahrscheinlich nicht. In bin der Meinung, dass dieses Bauprojekt – um unseren Kanton Bern und unsere Forschung weiterzubringen – ein Muss und nicht zu vermeiden ist. Seitens der Universität haben wir Informationen erhalten und erfahren, dass für die klinischen Versuche Mäuse benötigt werden und dass die Universität ohne diese Versuche nicht arbeiten kann. Dies muss man klar sehen. Darüber haben wir auch in der BaK diskutiert. Gestern haben wir nochmals darüber gesprochen und eigentlich einstimmig befunden, dass wir im Zusammenhang mit diesem Geschäft nicht auf das Thema Tierversuche eingehen möchten. Das tun wir auch nicht. Ich komme später nochmals auf das Thema zurück. Die BaK ist allerdings einstimmig der Meinung, dass der Rückweisungsantrag nicht unterstützt werden sollte, zumal er nichts mit dem Bau zu tun hat.

La présidente. Je vous informe que la pétition concernant «Stoppt die Tierversuche und den weiteren Ausbau des Labors Uni Bern» est placée sur la table dehors, vous pouvez aller la voir ou la lire si vous le voulez. Mme Mühlheim pour le pvl, vous avez la parole.

Barbara Mühlheim, Berne (pvl). Auch für die glp ist klar, dass wir für einen starken Medizinalstandort Bern eintreten. Wenn wir diese Zielsetzung in die Tat umsetzen wollen, brauchen wir diesen Neubau. Insofern verstehen wir nicht, wie man ein Bauvorhaben mit dem Tierschutz kombinieren kann. Man kann sagen, dass man den Sack schlägt, aber den Esel meint. Wenn man mit dem Tierschutzgesetz nicht einverstanden ist, so ist dieses auf Bundesebene zu revidieren, aber nicht auf dieser Stufe ein Bauvorhaben zu bekämpfen, welches den Tierschutz klar definiert und einhält. Nicht zuletzt ist es mit dem grossen Neubau möglich, dass alle wichtigen Hygienevorschriften – auch im Tierschutzbereich – umgesetzt werden können. Das Bauprojekt fördert den Tierschutz und läuft diesem nicht zuwider. Aus diesem Grund wird die glp-Fraktion den Rückweisungsantrag einstimmig ablehnen.

Ueli Frutiger, Oberhofen (PBD). Die BDP-Fraktion ist grundsätzlich immer der Meinung, dass man Vorlagen möglichst breit diskutieren können soll. Mit dem Rückweisungsantrag wird eigentlich nur die Diskussion über den Tierschutz aktiviert und nichts anderes. Der Tierschutz hat aus unserer Sicht nichts mit diesem Geschäft zu tun. Die BaK hat bereits vertieft abgeklärt, ob der Bau einer solchen Anlage, um Versuchstiere zu halten bzw. auch für die Forschung nötig ist. Beides wurde bestätigt. Aus diesen Gründen lehnt die BDP-Fraktion den vorliegenden Rückweisungsantrag ab.

Daphné Rüfenacht, Bienne (Les Verts). Ich äussere mich hier nur zum Rückweisungsantrag. Inhaltlich kann ich mich eigentlich meinen Vorrednern anschliessen. Die Grünen sind zwar Tierversuchen gegenüber sehr kritisch eingestellt. Für die Mehrheit unserer Fraktion ist dies aber der falsche Ort, um diese Thematik zu behandeln. Die grosse Mehrheit der Grünen wird den Rückweisungsantrag daher ablehnen.

Ursula E. Brunner, Hinterkappelen (PS). Ich fasse mich kurz. Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist der Meinung, dass man den vorliegenden Baukredit nicht mit der Diskussion über Tierversuche zu verhindern versuchen sollte. Darum kann es auf keinen Fall gehen. Ich war auch in der Gruppe tätig, die nähere Abklärungen getroffen hat. Wir haben die Frage nach dem Tierschutz klar gestellt. Die so genannten «Mäuse-Hotels», welche eingerichtet werden, sind – wie uns versichert wurde – tierschutzkonform. Ich sehe keinen Grund, weshalb ich dies nicht glauben sollte. Noch ein Hinweis an die Antragstellerin: Im ganzen Gebäude wird kein einziger Tierversuch durchgeführt! Sie müssen dies richtig darstellen und nicht etwas sagen, das nicht stimmt. Es werden – eben aus hygienischen Gründen – nur Zuchten betrieben. Die beiden Bereiche werden getrennt, damit es sauber läuft. Dies dient letztendlich den Tieren. Ich bitte Sie, diesen Antrag klar abzulehnen.

Martin Aeschlimann, Berthoud (PEV). Auch für die EVP-Fraktion ist – ähnlich wie für die Vorredner – klar, dass bei diesem Projekt durchaus ein Zusammenhang zu den ethischen Fragen in Bezug auf Tierversuche hergestellt werden kann. Wir lehnen es jedoch ab, diese Frage ausserhalb eines grösseren Kontexts an einem Bauprojekt aufzuhängen. Dies wäre etwa vergleichbar wie wenn wir bei einer Vorlage für einen Schulhausneubau eine Grundsatzdiskussion über den Lehrplan 21 führen würden. Die thematische Frage nach Tierversuchen müssten wir an anderer Stelle bzw. grundsätzlicher und nicht auf dieses Projekt bezogen führen.

Peter Sommer, Wynigen (PLR). Ich kann mich kurz fassen. Auch die FDP wird den Antrag ablehnen. Für uns wäre es absolut unseriös, ein gut vorbereitetes Baugeschäft in dieser Grössenordnung zurückzuweisen. Dies würde inakzeptable zeitliche Verzögerungen nach sich ziehen. Wird die Planung auf den Kopf gestellt, führt dies zu nicht abschätzbaren Kostenfolgen. Für uns ist es sogar ein Stück weit unredlich, mittels einer Rückweisung eine Plattform zur Diskussion über Tierversuche zu erhalten. Dies umso mehr, als die Tierschutzbestimmungen im Rahmen dieses Bauprojekts – wie erwähnt – eingehalten werden. Nochmals: Die FDP wird den Rückweisungsantrag ablehnen.

La présidente. Je n'ai plus d'intervenants pour les groupes, Mme la directrice, vous avez la parole.

Barbara Egger-Jenzer, directrice des travaux publics, des transports et de l'énergie. Es wurde bereits von allen Rednerinnen und Rednern erwähnt: Dieses Bauprojekt ist der komplett falsche Adressat, um über Tierversuche zu sprechen. Ich sage in aller Deutlichkeit nochmals, was Grossrätin Brunner bereits erwähnt hat: In den Räumen Insel Nord werden keine Tierversuche durchgeführt. Es geht lediglich um eine Zentralisierung der Tierzucht und somit um eine saubere Trennung zwischen Experimenten und Zucht. Auf diese Weise werden die Tierbestände besser vor Kontaminationen gestützt, was eben hilft, die Anzahl Tiere pro Versuch zu reduzieren. Dieses Projekt ist also der völlig falsche Adressat. Im Übrigen bestehen auch in Bezug auf die Zucht zahlreiche Vorschriften. Ich verzichte darauf, Ihnen diese vorzulesen, zumal sie eine halbe Seite füllen. Vor allem müssen die eidgenössischen Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Sie werden auch alle eingehalten, da dies immer wieder kontrolliert wird. Die Universität Bern ist in Bezug auf Tierversuche sehr fortschrittlich. Aber darüber werden Sie von einem anderen Regierungsrat etwas hören. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

La présidente. Nous passons au vote. Ceux et celles qui acceptent ce renvoi votent oui, ceux qui refusent votent non.

Vote (proposition de renvoi Machado Rebmann)

Décision du Grand Conseil :

Rejet

Oui 4

Non 119

Abstentions 5

La présidente. Vous avez refusé le renvoi.

Proposition PS (Hofmann, Berne)

Les places de stationnement seront louées à la valeur de rendement brute usuelle pour les immeubles, 100 pour cent correspondant aux coûts d'aménagement des places de stationnement, soit 9,7 millions de francs.

La présidente. Nous passons à la proposition d'amendement du PS. M. Hofmann, vous avez la parole.

Andreas Hofmann, Berne (PS). Die zwei untersten Geschosse des Projekts Murtenstrasse dienen ausschliesslich dem Parkieren. In der BaK wurde gefragt, wie teuer die beiden Untergeschosse zu stehen kommen. Die Antwort lautete 9,7 Mio. Franken. Dieser Betrag steht auch im Antrag. Im Vortrag steht, dass dieser Summe Parkgebühren von 189 000 Franken entgegenstehen. Rechnet man dies aus, kommt man auf eine Bruttorendite von 2 Prozent. Es dürfte auch unter den Bürgerlichen niemanden geben, der 9,7 Mio. Franken für eine Bruttorendite von 2 Prozent investieren würde. Die Rechnung von 189 000 Franken pro Jahr ergibt, dass pro Monat 150 Franken pro Parkplatz eingenommen werden müssen. Eigentlich haben wir damit Verhältnisse, die an das Stadttheater erinnern. Wie Sie wissen, bezahlt der Staat – wenn man eine Eintrittskarte für das Stadttheater kauft – ein Mehrfaches dazu. Dies ist auch hier, beim Parkieren, der Fall. Wenn Sie 150 Franken pro Parkplatz bezahlen, gibt der Staat 300 Franken dazu, sodass man auf eine bei Liegenschaften übliche Bruttorendite von 6 Prozent kommt. Das wären also Stadttheater-

Verhältnisse. Es wurden Befürchtungen laut, wonach eine Bruttorendite von 6 Prozent zu teuren Parkplätzen führten, welche dann gar nicht benutzt würden. Ich habe dies abgeklärt. Das Mietrecht verlangt eine Bruttorendite von 4 Prozent. Damit kämen wir auf eine Parkplatzgebühr von 300 Franken pro Monat, was nicht dermassen teuer ist. Ich habe auch bei der Stadt Bern Abklärungen getroffen. Ich sehe, die Redezeit ist schon abgelaufen. *(La présidente le confirme.)*

Hugo Kummer, Berthoud (UDC), rapporteur de la CIAT. Der Antrag von Res Hofmann lag uns an den BaK-Sitzungen nicht vor. *(La présidente agite sa cloche.)* Wir haben ihn seitens der BaK gestern während der Mittagspause diskutiert. Die Kommissionsmehrheit teilt die Meinung von Res Hofmann nicht ganz. Wir gehen – entsprechend der Vorlage – davon aus, dass es sich um «marktübliche Preise» handelt. Das Insel-Parking wird mit dem Neubau verbunden sein. Insofern gehen wir von den gleichen Preisen aus, wie sie das Insel-Parking macht. Wir können nicht für die linke und die rechte Seite unterschiedliche Preise verlangen. Wir haben gestern nochmals nachgefragt und erfahren, dass im Inseelspital ein ganzer Tag Parkieren 28 Franken kostet. Rechnet man diesen Betrag auf einen Monat hoch, kommt man nicht auf 150 Franken, sondern auf einen wesentlich höheren Betrag. Klar, es handelt sich zwar um eine Monatskarte. Ich gehe aber davon aus, dass diese im Bereich von rund 400 Franken liegen wird. Damit wären wir bei den von Res Hofmann angestrebten 6 Prozent. Bei 150 Franken sehe ich es nicht. Wir können keinen Markt-Dumpingpreis machen. Dennoch müssen wir diese Parkplätze bauen und können uns diese nicht wegdenken. Die BaK war mit 11 zu 6 Stimmen der Meinung, dass der Antrag von Res Hofmann nicht zu gewähren sei.

Ueli Frutiger, Oberhofen (PBD). Aus unserer Sicht hat der Antrag Hofmann mit dem Kreditbeschluss über 141 Mio. Franken nicht viel zu tun. Die Frage der Parkplätze, deren Anzahl und Bewirtschaftung war Res Hofmann bereits während den Kommissionssitzungen ein Dorn im Auge. Die vom Berner Volk bewilligte Überbauungsordnung gibt uns jedoch die Anzahl zu bauender Parkplätze vor. Daran lässt sich nicht schrauben. Der Regierungsrat legt auf Seite 12 des Vortrags dar, dass die Parkplätze «voraussichtlich» für 150 Franken pro Monat vermietet werden sollen. Dies vor allem an das Insel-Parking sowie an Leute, die im neuen Gebäude arbeiten werden. Die Verhandlungen sind diesbezüglich noch weiterzuführen und noch nicht abgeschlossen. Aus unserer Sicht ist das AGG näher dran und weiss, zu welchen Preisen solche Parkplätze vermietet werden können. Deshalb haben wir Vertrauen in das AGG, dahingehend, dass es die Verhandlungen richtig führen wird. Die BDP-Fraktion lehnt den Antrag Hofmann ab.

Daphné Rüfenacht, Bienne (Les Verts). Ich äussere mich gleichwohl kurz zum Geschäft. Schliesslich geht es um 141 Mio. Franken. Wir diskutieren hier über ein für den Kanton Bern sehr wichtiges Geschäft. Die Medizinaltechnik ist ein zentrales Standbein der Berner Wirtschaft und dies unter anderem wegen der Nähe zur Forschung. Sowohl das Institut für Rechtsmedizin als auch das Departement für Klinische Forschung benötigen eine zeitgemässe Infrastruktur, um ihre führende Position im hart umkämpften Markt zu halten. Der Neubau an der Murtenstrasse soll für die nötige Infrastruktur eine wichtige Grundlage bringen. Denn die heute bestehenden Infrastrukturen sind zu klein und veraltet. Zudem entsprechen sie bei Weitem nicht dem aktuellen Standard. Der Bedarf ist somit für die Grünen unbestritten. Dennoch haben wir einige Aspekte in der Fraktion diskutiert. Zuerst zum Verkehr – und damit komme ich gleich auf den Antrag zu sprechen: Das Inseelspital hat gemäss dem Abstimmungsvortrag zur Überbauungsordnung ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten. Eine Frage hierzu: Liegt dieses bereits vor?

Der Bau von 105 Parkplätzen hat auch bei uns zu Diskussionen geführt. Wir sind der Meinung, dass an dieser Lage mit den bestehenden Parkplätzen auf dem Areal nicht dermassen viele zusätzliche Parkplätze nötig wären. Das Volk hat aber die raumplanerischen Grundlagen mit der Überbauungsordnung genehmigt und damit die Anzahl an Parkplätzen festgelegt. Dazu können wir heute nichts mehr sagen.

Nun zum Antrag Hofmann: Die Parkplätze sollen zu einem maximalen Preis vermietet werden, zu dem sie noch beansprucht werden. Denn ein leeres Parking mit sehr hohen Gebühren bringt unseres Erachtens nichts. Aus diesem Grund lehnt die Mehrheit der Grünen den Antrag Hofmann ab. Dies, obwohl es uns sehr widerstrebt, dass der Kanton Parkplätze querfinanziert. Wir haben aber keine andere Wahl, weil die Anzahl an Parkplätzen festgelegt ist. Noch zum Schluss ein Lob: Selbstverständlich begrüssen wir die angestrebten Energie-Standards.

Peter Sommer, Wynigen (PLR). Auch die FDP lehnt den Antrag ab. Wir gehen mit dem Antragsteller einig, dass es nicht zu einer Quersubventionierung über das Gebäude zur Einstellhalle kommen sollte. Ebenso wenig sollte der Kanton verdeckt irgendwelche Parkplatzgebühren quersubventionieren. Im vorliegenden Fall ist es aber heikel, eine Rendite an die Investitionen zu koppeln. Das Parkhaus erfordert relativ hohe Investitionen – wir sprechen von 9,7 Mio. Franken. Wir haben ziemlich aufwändige Baugrubensicherungen mit Fallende usw. In diesem Fall ist es auch schwierig, die Kosten genau zu beziffern, die Grenze zum übrigen Baukörper zu ziehen und zu definieren, was noch zur Einstellhalle gehört und was nicht. Wie gesagt ist es aus unserer Sicht heikel, eine Rendite an die Investitionen zu koppeln. Selbstverständlich besteht auch unsere Forderung darin, dass das AGG bzw. die BVE darauf achtet, dass marktübliche Parkgebühren verlangt werden. Ob man die Investitionen tatsächlich im Rahmen der vom Antragsteller erwähnten Rendite abdecken kann, bezweifeln wir. Wir vertrauen auf das Wirken des AGG und hoffen, dass es marktübliche Parkgebühren einfordern wird. Die FDP wird den Antrag Hofmann ablehnen.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (UDC). Bei der Frage der Parkplätze muss man zuerst festhalten, dass die im Projekt enthaltenen Parkplätze in der Überbauungsordnung Murtenstrasse 10 bis 66 vorgesehen sind. Dies ist dem Antragsteller ebenfalls bekannt. Nun versucht er quasi über die Hintertüre, die Parkplätze unattraktiv zu machen. Der Preis von 150 Franken pro Parkplatz ist in der Stadt Bern marktüblich. Ausgehend von den ins Feld geführten 9,7 Mio. Franken und ausgehend von einem Bruttoertragswert von 5 bis 7 Prozent – dieser dürfte langfristig zu erwarten sein –, kämen wir auf einen Preis von zwischen 385 und 540 Franken. Dieser Preis ist gegenüber den marktüblichen 150 Franken klar nicht konkurrenzfähig. Sogar mit den von Res Hofmann erwähnten 4 Prozent kommt man auf 307 Franken, d. h. auf das Doppelte des marktüblichen Preises. Was würde passieren, wenn man diesem Antrag zustimmte? Die Parkplätze würden gebaut, aber nicht benutzt. Sie würden leer stehen. Ich weiss nicht genau, was beabsichtigt wird. Vielleicht sollen die Parkplätze später für Fahrräder dienen. Aber dafür sind sie nicht geeignet, zumal wohl niemand sein Fahrrad im vierten oder fünften Untergeschoss parkieren will. Wir lehnen den Antrag Hofmann einstimmig ab.

Ursula E. Brunner, Hinterkappelen (PS). Nachdem Daphné Rüfenacht etwas zur Bedeutung dieses Baus gesagt hat, erlaube ich mir, eine persönliche Stellungnahme zur Architektur dieses Gebäudes abzugeben. Ich freue mich über dieses Gebäude. Ich halte es für einen gelungenen Wurf. Es überzeugt städtebaulich wie ästhetisch, weist einen hohen Nutzwert aus und entspricht dem, was es braucht. Wie gesagt, ein gelungener Wurf. Das Gebäude ist notwendig, weil es einem tatsächlichen Bedarf entspricht. Die Mitarbeitenden der BVE haben hervorragende Arbeit geleistet. Sie haben uns sehr gut dokumentiert. Wir hatten auch das Modell in der BaK-Sitzung und konnten uns davon überzeugen, dass dieses Gebäude wirklich ästhetisch, aber ebenso praktisch sein wird. Deshalb stimmt die SP-JUSO-PSA-Fraktion dem Ausführungskredit von rund 140 Mio. Franken vorbehaltlos zu. Einziger Wehrmutstropfen sind die Parkplätze. Dies haben Sie bereits gehört. Wir möchten darauf hinweisen, dass es nicht Aufgabe des Kantons sein kann, indirekt über hohe, wegen des Baugrundes anfallender Baukosten, Parkplätze zu subventionieren. Wir möchten ein Zeichen setzen und gehen davon aus, dass diese Diskussion bereits aufgezeigt hat, dass wir das Thema Parkplätze in unseren Debatten künftig achtsamer behandeln werden.

Martin Aeschlimann, Berthoud (PEV). Ich möchte dort anknüpfen, wo Ursula Brunner aufgehört hat. Die Tatsache, dass die Parkdecks im vierten und fünften Untergeschoss bei diesem Projekt am meisten zu reden geben, sprechen eigentlich für das Projekt. Es wurde gute Arbeit geleistet; das Projekt überzeugt architektonisch und städtebaulich. Eigentlich geht es bei den Parkdecks um zwei Missverhältnisse, von denen wir schon gehört haben. Diese lassen sich auch nicht in Abrede stellen. Ein Missverhältnis besteht zwischen dem Platzbedarf und den geplanten Parkplätzen einerseits. Andererseits besteht ein Missverhältnis zwischen den Mieterträgen für die Parkplätze und den Erstellungskosten. Die Erstellungskosten sind höher. Weshalb? Der Grund dafür ist, dass weiter unten gegraben und gebaut werden muss. Es geht darum – und deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag Hofmann –, Parkplätze an dieser guten Lage nicht vergünstigt abzugeben. Umgekehrt mietet der Kanton – ich erinnere an andere Vorlagen – Nebennutzflächen hinzu. Sollten die Parkplätze, weil sie zu teuer sind, nicht vermietet werden, könnte man diese durchaus als Raumreserve in Betracht ziehen.

Barbara Egger-Jenzer, directrice des travaux publics, des transports et de l'énergie. Es ist tatsächlich etwas seltsam, dass wir über Parkplätze sprechen. Immerhin geht es um einen Bau im Betrag von 141 Mio. Franken. Zudem ist es für den Kanton ausserordentlich wichtig, dieses Gebäude den Nutzenden – der Universität Bern – zur Verfügung zu stellen. Nun gut, so spreche ich halt auch über Parkplätze. Die bestrittenen Parkplätze müssen wir gestützt auf die Überbauungsordnung der Stadt Bern erstellen. Letztere wurde mit über 91 Prozent Zustimmung angenommen. Deshalb haben wir keine andere Wahl, sondern müssen die 105 Parkplätze zur Verfügung stellen. Konkret werden diese grösstenteils als Erweiterung des bestehenden Insel-Parkings erstellt. Dies ist insofern auch sinnvoll, als die bereits bestehenden Ein- und Ausfahrten genutzt werden können. Die Parkplätze machen auch für die Nutzenden Sinn. Dies, weil viele Spitalkunden nicht genügend mobil sind, um mit dem öffentlichen Verkehr anzureisen. Im Übrigen ist dieser gerade auf diesem Zweig unglaublich überlastet. Diese Leute sind deshalb dringend auf Parkplätze angewiesen. Das Inselspital wird diese Parkplätze für uns bewirtschaften. Auch hier werden wir klar für die bestmöglichen Erträge für den Kanton sorgen.

Aufgrund der Überbauungsordnung erstellen wir zwei Arten von Parkplätzen, einerseits die so genannt kantonalen Parkplätze. Diese benötigen wir für die Verwaltungsangestellten. Sie werden als Dauerparkplätze an die Nutzenden vermietet und richten sich nach der Parkplatzverordnung des Kantons. Letztere gilt ebenfalls beispielsweise für Schulhäuser bzw. für alle kantonalen Gebäude. Für diese Parkplätze werden wir gemäss Verordnung 150 Franken pro Parkplatz verlangen. Die übrigen Parkplätze werden wir zu den marktüblichen Leistungen zur Bewirtschaftung an das Inselspital übergeben. Das Inselspital wird die gleichen marktüblichen Bedingungen stellen, wie sie bereits heute im Insel-Parking vorhanden sind. Aus Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass es sehr teuer ist, einen ganzen oder einen halben Tag im Insel-Parking zu parkieren. Sie können auch meinen Mann fragen, der einige Male einen ganzen Tag dort parkieren musste. Er hat gesagt, dass es ihn beinahe ruiniert hätte. (*Hilarité*) Nein, ich glaube das natürlich nicht! Es ist aber effektiv so, dass kaum ein Pendler oder eine Pendlerin das Auto einen ganzen Tag im Insel-Parking parkiert, weil es teuer ist. Den Antrag von Grossrat Hofmann können wir allerdings nicht erfüllen, weil er eine Mischrechnung macht. Es gibt Parkplätze für 150 Franken und Parkplätze, welche wir zu den marktüblichen Bedingungen an das Inselspital übergeben werden. Ich bitte Sie dringend, den Antrag Hofmann abzulehnen. Dieser ist unsinnig und geht nicht auf. Ich bitte Sie, diesem für den Kanton wichtigen Projekt zuzustimmen.

La présidente. Nous allons donc voter sur cette proposition d'amendement du PS. Ceux qui acceptent cette proposition votent oui, ceux qui refusent votent non.

Vote (proposition PS)

Décision du Grand Conseil :

Rejet

Oui 19

Non 113

Abstentions 12

La présidente. Vous avez refusé cette proposition d'amendement. Maintenant, le porte-parole de la Commission a demandé la parole, M. Kummer, c'est à vous. Vous avez deux minutes.

Hugo Kummer, Berthoud (UDC), rapporteur de la CIAT. Nun haben wir bereits sehr rege über das Geschäft diskutiert. Jetzt geht es um das Hauptgeschäft, um den mehrjährigen Investitionskredit. Auch für die BaK war dies ein grosses Geschäft, welchem wir – aus diesem Grund – grosse Beachtung geschenkt haben. Wir haben – wie vorhin erwähnt – eine kleinere Gruppe eingesetzt, zumal es immerhin um 141,5 Mio. Franken geht. Dieser Gruppe haben Ursula Brunner und Ueli Frutiger angehört. Wir haben uns diesem Geschäft intensiv angenommen. Dies, weil es für uns wichtig ist, wie es weitergehen wird. Es geht um das Institut für Rechtsmedizin (IRM) und das Departement Klinische Forschung (DKF). Wir müssen klar sehen, dass es jetzt um die erste Etappe geht. Weitere Etappen sind vorgesehen. Heute sprechen wir aber über die erste Etappe des Neubauprojekts.

Der prioritäre Neubau an der Murtenstrasse liegt direkt im Perimeter des Insel-Areals. An der Murtenstrasse 20 bis 30 sollen der Labor-Neubau für das IRM und das DFK für die Universität Bern

realisiert werden. Das IRM ist heute auf sieben Standorte in der Stadt Bern verteilt, und der Hauptsitz befindet sich an der Bühlstrasse 20 in Bern. Das achtzigjährige Gebäude befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand. Auch der Standard der Labors und die Arbeitsplätze entsprechen heute leider nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Ein Ausbau am bisherigen Hauptstandort ist schlichtweg nicht mehr möglich. Eine Standortkonzentration ist in diesem Fall zwingend notwendig. Das DKF ist heute auf elf Standorte verteilt. Auch hier entsprechen die heutigen Anforderungen bezüglich der Flächen den Ausbaustandards leider nicht mehr. Mit dem geplanten Neubau werden die notwendigen zusätzlichen Laboreinrichtung und Flächen für die Tierhaltungskapazitäten enorm verbessert.

Die Überbauungsordnung (UeO) Murtenstrasse 10–66, Bern, aus dem Jahr 2009 legt die Rahmenbedingungen klar fest: der Perimeter Insel Nord soll langfristig in Etappen städtebaulich verdichtet werden. Die notwendigen Landsicherungen durch den Kanton sind bereits abgeschlossen. Der Regierungsrat, aber auch der Grosse Rat – wir haben dieses Geschäft bereits einmal hier behandelt – hat bereits Liegenschaftskäufe an der Murtenstrasse 20, 24, 30, 32 und 34a gesichert, bewilligt und gekauft. Die Kaufverträge für die restlichen drei Parzellen der Inselstiftung sind unter dem Vorbehalt des Ausführungskredits unterzeichnet. Die Kaufkosten der drei Parzellen sind mit 2,268 Mio. Franken im vorliegenden Kredit enthalten. Auch die Preise für die drei Liegenschaften sind in Bern üblich. Auch dies haben wir angeschaut. Am 8. Juni 2010 hat der Grosse Rat einen Projektierungskredit von 7,25 Mio. Franken bewilligt und damit dem Bedarf des neuen Baus an der Murtenstrasse grundsätzlich zugestimmt. Nun geht es um den Ausführungskredit von 141,5 Mio. Franken abzüglich der Planungs- und Liegenschaftskäufe der Vorprojektkosten von rund 12,742 Mio. Franken. Der Bedarfsnachweis ist klar erbracht. In den letzten zwanzig Jahren hat man an den sieben Standorten der Rechtsmedizin in Provisoren auf 3400 m² gearbeitet. Neu soll man Gesamtnutzungsflächen von 4200 m² an einem Standort erhalten. Im DKF wird heute auf einer Fläche von 10 000 m² an elf Standorten gearbeitet. Neu sollte man eine Gesamtnutzungsfläche von 13 000 m² erhalten, sodass sich das Ganze auf sechs Standorte reduziert.

Wie gesagt haben wir eine kleine Ad-hoc-Gruppe eingesetzt und bereits damals über 20 Fragen an die BVE eingereicht. Diese wurden uns sauber und gut beantwortet. Am 28. November hatten wir eine Zusammenkunft direkt an der Murtenstrasse, wo wir das Projekt besichtigen konnten. Es waren sehr gute Auskunftspersonen anwesend. Wir verlangten damals auch den Masterplan, der uns dann vorgelegt wurde. Der Masterplan umfasst die Planung des Inselareals bis zum Jahr 2060. Wir wurden klar informiert. Jetzt zu einigen vielleicht auch für Sie wichtigen Details, über welche wir auf unsere Fragen hin orientiert wurden: Es geht um fünf Unter- und um sechs Obergeschosse. Vorhin haben wir ausführlich über die 106 Parkplätze gesprochen. Diese sind erforderlich und mit dem Insel-Parking im Rahmen einer modularen Erweiterung verbunden. Dies ist längs- und hochseitig absolut möglich. Dementsprechend ist der Bau geplant; er wird auch so gebaut werden. Weshalb wird nun in Etappen vorgegangen, zumal wir eine Etappe bevorzugt hätten? Es dürfte Ihnen allen klar sein, dass die finanziellen Mittel nicht für eine Etappe ausreichen. Der Bau wird erdbebensicher erstellt. Im Baugrund müssen sehr grosse Investitionen mit Pfählen gemacht werden. Dies, weil auf der einen Seite die Bahn und auf der anderen Seite die Strasse verläuft. So entstehen natürlich wesentliche Mehrkosten, welche nicht wegzudenken sind. Eine Publikumsnutzung im Parterre – dies steht auch in der UeO – ist auch nicht wegzudenken. Es handelt sich um einen Minergie-P-Eco-Bau. Der Totalunternehmer (TU) ist bereits gegeben. Er verfügt über grosse Erfahrungen mit solchen Bauten. Wir haben auch geprüft, ob die Verbindung sogar unterirdisch vom Parking in das Inselspital möglich ist. Von der Seite des Parkings ist dies möglich, jedoch stösst man Richtung Insel auf Wände, sodass man nicht weiterkommt. Deshalb ist eine solche Verbindung nicht möglich. Dort bereitet auch die Bauinstallation ein grosses Problem, hat man doch an diesem Standort sehr wenig Platz. Das Baugesuch ist soweit fertiggestellt und zur Publikation bereit. Das IRM benötigt nur kleinere Räume für die DNS-Untersuchungen. Zudem bedingt dies – wie wir uns belehren liessen – separate Eingänge, einerseits für Leichen, andererseits für die DNS-Untersuchungen. Dies zwingt auch zu Mehrkosten. Der Laborstandard ist hier eingehalten. Der Bau kann später mit wenig Aufwand – wenn es sein muss – auch anders genutzt werden. Im Innern ist alles eingebaut.

Die Forschung benötigt – im Gegensatz zum IRM – grössere Räume für die Tierhaltung. Voraussichtlich wird es sich – wie erwähnt – um Mäuse handeln. Frau Egger hat es klar gesagt: Es geht hier primär um die Zucht. Ebenso ausdrücklich angesprochen haben wir, dass der Tierschutz das Projekt geprüft und dieses akzeptiert hat. Um es nochmals zu sagen: Es geht um die Medizin

und nicht um Tierversuche für Kosmetika. Auch nach Aussagen von Spezialisten sollte es zu keinen Änderungen mehr kommen. Der Bau sollte so realisiert werden, wie es aktuell geplant und vorgesehen ist. Die Reserven sind in Takt. Diesbezüglich werden wir seitens der BaK sicher noch ein Auge darauf halten müssen, um eine ständige Überwachung mit dem AGG zu gewährleisten. Die Situation des IRM ist heute nicht mehr tragbar und nicht mehr zulässig.

Zum Schluss: Kann dieses Geschäft nicht verwirklicht werden, bedeutet dies einen sehr grossen Dämpfer für unsere Forschung, aber auch für unsere Medizin. Damit würde der Kanton Bern einen enorm grossen Rückschritt machen, und es würde aus unserer Sicht mit Sicherheit eine Verlagerung in andere Kantone stattfinden. Das wollen wir sicher nicht! Wir wollen den Kanton Bern vorwärts bringen. Das vorliegende Bauprojekt soll die Zukunft sein. Natürlich handelt es sich um sehr viel Geld. Wenn wir unseren Kanton und unsere Medizin in der Stadt Bern weiterbringen wollen, müssen wir dieses Geschäft klar unterstützen. Die BaK hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, das Geschäft in der vorliegenden Form zu überweisen. Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen, die am Geschäft mitgearbeitet haben, herzlich danken. Dieser Dank richtet sich auch an die Auskunftspersonen, die uns direkt vor Ort zur Verfügung gestanden haben, aber auch an das Sekretariat. Dieses Projekt ist sehr gut. Es geht um Vieles, aber auch um die Zukunft.

La présidente. Y-a-t-il encore des intervenants de groupes qui veulent s'annoncer pour le crédit en lui-même? – Ce n'est pas le cas, Mme la directrice des travaux publics, c'est à vous. – Non plus. Nous passons donc tout de suite au vote. Je rappelle que c'est l'affaire 7, Université de Berne, Institut de médecine légale et Département de recherche clinique. Construction d'un bâtiment Murtenstrasse 20-30. C'est un crédit d'engagement pluriannuel et il est soumis au référendum financier facultatif et le montant est de 141 578 000 francs. Ceux qui acceptent ce crédit votent oui, ceux qui refusent votent non.

Vote final

Décision du Grand Conseil :

Adoption

Oui	139
-----	-----

Non	0
-----	---

Abstentions	2
-------------	---

La présidente. Vous avez accepté ce crédit.